



Verordnung über den Vollzug des Strassenverkehrsrechtes (Strassenverkehrsverordnung, SVV)

Vom 12. November 1984 (Stand 1. Januar 2012)

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf die §§ 4 Abs. 2, 5 Abs. 2, 8 Abs. 1 sowie 10 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über den Vollzug des Strassenverkehrsrechtes vom 6. März 1984 ¹⁾ sowie § 15 des Dekrets über Gebühren für Amtshandlungen der Gemeinden (Gemeindegebührendekret, GGebD) vom 28. Oktober 1975 ²⁾, *

beschliesst:

1. Allgemeines

§ 1 Inhalt

¹ Diese Verordnung regelt den Vollzug der Bundesvorschriften über den Strassenverkehr und des Gesetzes über den Vollzug des Strassenverkehrsrechtes vom 6. März 1984.

§ 1a* Personenbezeichnungen

¹ Die in dieser Verordnung verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter.

¹⁾ SAR [991.100](#)

²⁾ SAR [661.710](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses
AGS Bd. 11 S. 405

§ 2 Bezeichnungen

¹ Es werden folgende Abkürzungen verwendet:

- a) SVG für Bundesgesetz über den Strassenverkehr vom 19. Dezember 1958 ¹⁾;
- b) VRV für Verordnung über die Strassenverkehrsregeln vom 13. November 1962 ²⁾;
- c) SSV für Verordnung über die Strassensignalisation (Signalisationsverordnung) vom 5. September 1979 ³⁾;
- d) * VZV für Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr (Verkehrszulassungsverordnung) vom 27. Oktober 1976 ⁴⁾;
- e) GVS für Gesetz über den Vollzug des Strassenverkehrsrechtes vom 6. März 1984 ⁵⁾;
- f) * ARV 1 für Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer und -führerinnen (Chauffeurverordnung) vom 19. Juni 1995 ⁶⁾;
- g) * ARV 2 für Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Führer von leichten Personentransportfahrzeugen und schweren Personenwagen vom 6. Mai 1981 ⁷⁾;
- h) * SDR für Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse vom 17. April 1985 ⁸⁾;
- i) * GGBV für Verordnung über Gefahrgutbeauftragte für die Beförderung gefährlicher Güter auf Strasse, Schiene und Gewässern (Gefahrgutbeauftragtenverordnung) vom 15. Juni 2001 ⁹⁾.

2. Zuständigkeiten

2.1. Departement Volkswirtschaft und Inneres *

§ 3 Strassenverkehrsamt

¹ Das Strassenverkehrsamt ist zuständig für den Vollzug des Strassenverkehrsrechtes, soweit nicht ausdrücklich eine andere Behörde als zuständig erklärt wird.

1) [SR 741.01](#)

2) [SR 741.11](#)

3) [SR 741.21](#)

4) [SR 741.51](#)

5) [SAR 991.100](#)

6) [SR 822.221](#)

7) [SR 822.222](#)

8) [SR 741.621](#) vom 29. November 2002

9) [SR 741.622](#)

² Das Strassenverkehrsamt gibt die Kontrollschilder ab. Es kann besonders begehrte Kontrollschilder öffentlich versteigern. *

§ 4 Polizeikommando

¹ Das Polizeikommando ist zuständig für

- a) * ...
- b) * ...
- c) * ...
- d) die Bewilligung zur Verwendung von Lautsprechern an Motorfahrzeugen und Anhängern;
- e) * die Bewilligung motorsportlicher Veranstaltungen auf allen öffentlichen Strassen gemäss Art. 52 SVG und Art. 94–95 VRV;
- e^{bis}) * die Bewilligung anderer sportlicher sowie kultureller und kommerzieller Veranstaltungen auf Kantonsstrassen;
- e^{ter}) * Verkehrsanordnungen und Signalisationen von insgesamt max. 8 Tagen Dauer gemäss Art. 3 Abs. 6 SVG und Art. 107 Abs. 4 SSV i.V.m. § 4 lit. e und e^{bis};
- f) die Bewilligung zur Durchführung von Versuchsfahrten im Sinne von Art. 53 SVG;
- g) die Bewilligung für das Abstellen von Fahrzeugen ohne Kontrollschilder auf Kantonsstrassen;
- h) die Bewilligung für Gesellschaftswagen im Linienverkehr zum Mitführen von Anhängern und für die Benützung von Strassen, die nicht für 2,5 m breite Fahrzeuge geöffnet sind;
- i) * ...
- k) die Kontrolle über die gewerbsmässige Vermietung von Motorfahrzeugen im Rahmen von Art. 70 VZV;
- l) die Meldung der Strassenverkehrsunfälle nach Art. 128 Abs. 3 VZV;
- m) * die Durchführung von Verkehrskontrollen nach Art. 130 ff. VZV, für die Durchführung von Strassen- und Betriebskontrollen betreffend die Arbeits-, Lenk- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer und -führerinnen nach ARV 1 und ARV 2 sowie für die Kontrolle der Gefahrguttransporte auf der Strasse nach Art. 34 Abs. 2^{bis} SDR;
- n) * ...
- o) * den Vollzug sämtlicher übriger Vorschriften, in denen das Strassenverkehrsrecht des Bundes die Polizeiorgane als zuständig erklärt; vorbehalten bleiben besondere Abmachungen mit den Gemeinden und mit Privaten;
- p) * ...
- q) * ...

§ 5 * ...

2.2. *Departement Bau, Verkehr und Umwelt* *

§ 6 * Departement Bau, Verkehr und Umwelt *

¹ Das Departement Bau, Verkehr und Umwelt ist zuständig für *

- a) * die in die kantonale Zuständigkeit fallenden Verkehrsanordnungen, Signalisationen, inklusive sämtlicher Wegweisungen und Markierungen auf Kantonsstrassen gemäss § 1 des Gesetzes über den Vollzug des Strassenverkehrsrechtes ¹⁾;
- b) die Zustimmung zu Strassenreklamen im Sinne von § 3 Abs. 3 GVS;
- c) die Aufsicht über Verkehrsanordnungen, Signalisationen, Markierungen und Strassenreklamen auf Gemeindestrassen und privaten Strassen;
- d) * die Anschaffung, das Aufstellen, den Unterhalt und die Erneuerung der Signale und Markierungen auf Kantonsstrassen;
- e) die Bewilligung zum Aufbruch von Kantonsstrassen und zur Ablage von Materialien.

2.2^{bis}. *Departement Gesundheit und Soziales* *

§ 6a * Kantonales Laboratorium ²⁾

¹ Das Kantonale Laboratorium ³⁾ ist zuständig für den Vollzug der GGBV im Sinne von Art. 25 Abs. 1 GGBV sowie für die Kontrollen im Sinne von Art. 34 Abs. 2^{quinquies} SDR ⁴⁾.

2.3. *Gemeinden*

§ 7 Gemeinderat

¹ Der Gemeinderat ist zuständig für:

- a) die Verkehrsanordnungen, Signalisationen und Markierungen auf Gemeindestrassen sowie privaten Strassen gemäss § 1 GVS;
- b) die Bewilligung von Strassenreklamen gemäss § 3 GVS;
- c) die Bewilligung für die Verwendung von Motorfahrzeugen und Motorfahrzeugern abseits öffentlicher Strassen zu Sport- und Vergnügungszwecken gemäss § 6 GVS;
- d) die Bewilligung für das Abstellen von Fahrzeugen ohne Kontrollschilder auf Gemeindestrassen gemäss Art. 20 Abs. 2 VRV;

¹⁾ SAR [991.100](#)

²⁾ Heute: Amt für Verbraucherschutz

³⁾ Heute: Amt für Verbraucherschutz

⁴⁾ Heute: Art. 27 und 28 der Verordnung über die Kontrolle des Strassenverkehrs (Strassenverkehrskontrollverordnung, SKV) vom 28. März 2007 ([SR 741.013](#))

- e) * ...
- f) * den Vollzug von ARV 1 und ARV 2 wie folgt:
1. Führung eines Verzeichnisses der unterstellten Betriebe;
 2. Überprüfung, ob die verlangten Kontrollmittel geführt werden;
 3. Abgabe der vorgeschriebenen Arbeitsbücher an die Unternehmer; Führen einer Liste über die jedem Unternehmer abgegebenen Arbeitsbücher, deren Nummern zu notieren sind;
 4. Berichterstattung am Ende jedes zweiten Jahres zuhänden des Polizeikommandos;
- g) * die Bewilligung für radsportliche Veranstaltungen auf Gemeindestrassen sowie auf öffentlichen Strassen privater Eigentümer.
- ² Das Departement Volkswirtschaft und Inneres kann, sofern die personellen und fachlichen Voraussetzungen gegeben sind, den Gemeinderat ermächtigen, *
- a) * die Arbeits-, Lenk- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer und -führerinnen nach ARV 1 und ARV 2 selber zu kontrollieren. Werden Mängel festgestellt, erstattet die Gemeindebehörde Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft;
- b) * im Innerortsbereich die Kontrollen nach Art. 130 ff. VZV vorzunehmen und Anzeigen zu erstatten. In Ausnahmefällen kann für einzelne Strecken die Kontrollermächtigung auch für den Ausserortsbereich erteilt werden. Die Gemeinden melden periodisch die vorgesehenen Kontrollen. Die Kantonspolizei überwacht und koordiniert den Vollzug.

§ 7^{bis} * Einwohnerkontrolle

¹ Die Einwohnerkontrollen prüfen die Identität der Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller für einen Lernfahr- oder Führerausweis im Sinne von Art. 11 Abs. 1 und 3 VZV, kleben deren Passfoto auf die Gesuchsunterlagen und leiten diese an das Strassenverkehrsamt weiter.

² Sie erheben dafür eine Gebühr gemäss § 15 Abs. 1 lit. h GGebD.

³ Das Strassenverkehrsamt stellt den Einwohnerkontrollen Klebematerial und frankierte Antwortcouverts unentgeltlich zur Verfügung.

⁴ Für die Auflage der Gesuchsformulare auf den Gemeinden kann das Strassenverkehrsamt eine angemessene Entschädigung ausrichten.

2.4. Private *

§ 7a * Begleitung von Ausnahmetransporten

¹ Der Regierungsrat kann die Begleitung von Ausnahmetransporten Privaten übertragen.

3. Verkehrsanordnungen, Signalisationen und Markierungen

§ 8 Verkehrsanordnungen im Bereiche von Verzweigungen mit Kantons- und Gemeindestrassen

¹ Verzweigungen im Sinne von § 1 Abs. 1 GVS sind Kreuzungen, Gabelungen oder Einmündungen von Fahrbahnen. Ihnen gleichgestellt sind Ausfahrten aus Parkplätzen, Tankstellen, Garagen, Fabriken, Höfen und dergleichen.

² Verkehrsanordnungen, Signalisationen und Markierungen auf Gemeindestrassen und privaten Strassen fallen in die Zuständigkeit des Departements Bau, Verkehr und Umwelt, soweit sie sich auf Verzweigungen mit Kantonsstrassen beziehen oder die Verkehrssicherheit auf solchen Verzweigungen beeinträchtigen können. *

³ Verkehrsanordnungen, die wesentliche Auswirkungen auf Kantonsstrassen haben können, bedürfen der Zustimmung des Departements Bau, Verkehr und Umwelt. *

§ 9* Zentrale Kartei

¹ Das Departement Bau, Verkehr und Umwelt führt über Verkehrsanordnungen im Kanton eine zentrale Kartei.

§ 10 Meldungen der Gemeinden

¹ Die Gemeinden melden Verkehrsanordnungen, die gemäss Art. 107 SSV veröffentlicht werden müssen, vor der Publikation dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt. *

² Bewilligungen für motorsportliche Veranstaltungen abseits öffentlicher Strassen sind jeweils auch dem Polizeikommando zuzustellen.

§ 11 Veröffentlichung

¹ Die Behörde, die eine Verkehrsanordnung erlassen hat, ist zuständig für die Veröffentlichung. Sie trägt die Kosten mit Ausnahme der Kosten bei Verkehrsanordnungen für private Ein- und Ausfahrten, die nach dem Verursacherprinzip zu verrechnen sind. *

² Die Gemeinden melden dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt ihr kommunales Publikationsorgan für Verkehrsanordnungen. *

³ Die Einsprachefrist richtet sich nach dem Datum der Publikation im kantonalen Amtsblatt.

⁴ In der Veröffentlichung im kommunalen Publikationsorgan ist auf das für den Fristenlauf massgebende Datum der Veröffentlichung im kantonalen Amtsblatt hinzuweisen.

⁵ Den von einem Fahr- oder Parkierungsverbot direkt betroffenen Grundeigentümern ist die Publikation rechtzeitig anzuzeigen, sofern dies ohne übermässige Verzögerung oder Erschwerung des Verfahrens möglich ist.

§ 12 Ausnahmen

¹ Die Behörde, die eine Verkehrsanordnung erlassen hat, ist zuständig für die Bewilligung von Ausnahmen im Sinne von Art. 17 Abs. 1 SSV.

§ 13 * Beratung

¹ Dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt obliegt die Beratung der Gemeinden und Privaten. *

² Für die Kosten eines Verkehrsgutachtens gemäss Art. 108 Abs. 4 SSV und für die Beratung stellt das Departement Bau, Verkehr und Umwelt Gemeinden und Privaten Rechnung nach Aufwand. *

³ Der Kostenansatz liegt nach Massgabe der Tätigkeit pro Stunde zwischen Fr. 75.– und Fr. 190.–. Die Auslagen richten sich nach der Verordnung über Spesen, Sitzungsgelder und übrige Entschädigungen vom 31. Januar 2001 ¹⁾. *

4. Strassenreklamen

§ 14 * Zustimmung des Departements Bau, Verkehr und Umwelt *

¹ Gesuche für Strassenreklamen im Bereiche von Kantonsstrassen und Gemeindestrassen im Verzweigungsbereich mit Kantonsstrassen gemäss § 3 des Gesetzes über den Vollzug des Strassenverkehrsrechtes sind vom Gemeinderat samt den erforderlichen Unterlagen dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt zur Zustimmung weiterzuleiten.

² Im Bereiche der Strassen nach Absatz 1 befinden sich Strassenreklamen, die der Fahrzeugführer auf Kantonsstrassen wahrnehmen kann.

§ 14a * Ausnahmen von der Bewilligungspflicht

¹ Temporäre Strassenreklamen, die baurechtlich bewilligungsfrei sind, sind auch strassenverkehrsrechtlich nicht bewilligungspflichtig.

5. Zulassung von Veteranenfahrzeugen *

§ 15 * Wechselkontrollschilder für Veteranenfahrzeuge

¹ Ein Wechselschild oder Wechselschilderpaar wird für maximal 20 Veteranenfahrzeuge erteilt.

§ 16 * ...

¹⁾ SAR [165.171](#)

§ 17 * ...

§ 18 * ...

6. Verkehrsmedizinische Untersuchungen und Spezialuntersuchungen

§ 19 Arten von Vertrauensärztinnen und Vertrauensärzten *

¹ Vertrauensärztinnen und Vertrauensärzte der Stufe 1 führen die periodischen verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchungen von Personen über 70 Jahren durch, die über einen Führerausweis der 3. Gruppe gemäss Anhang 1 zur VZV verfügen. *

a) * ...

b) * ...

c) * ...

² Vertrauensärztinnen und Vertrauensärzte der Stufe 2 führen sämtliche vertrauensärztlichen Untersuchungen im Sinne der VZV durch. *

³ ... *

§ 19a * Weiterbildung

¹ Die Weiterbildung der Vertrauensärztinnen und Vertrauensärzte umfasst die für die Beurteilung der Fahreignung erforderlichen Teilgebiete aus insbesondere folgenden Themenbereichen: Strassenverkehrsrecht (medizinische Mindestanforderungen, Verfahrensabläufe usw.), Neurologie und Neuropsychologie, Psychiatrie, Ophthalmologie, Motorik, Kardiologie, Endokrinologie, Pneumologie, Diabetologie.

² Die Weiterbildung für die Stufe 1 dauert mindestens acht Stunden, diejenige für die Stufe 2 zusätzlich mindestens vier Stunden.

³ Nach jeweils fünf Jahren ist eine zusätzliche Weiterbildung zu absolvieren. Diese dauert für die Stufe 1 mindestens acht Stunden, für die Stufe 2 mindestens zusätzlich vier Stunden.

⁴ Die Weiterbildung der Vertrauensärztinnen und Vertrauensärzte wird vom Strassenverkehrsamt unter der fachlichen Aufsicht des Kantonsspitals Aarau, des Kantonsspitals Baden, der Psychiatrischen Dienste Aargau oder von anderen geeigneten medizinischen Institutionen durchgeführt.

§ 19b * Ernennung

¹ Das Strassenverkehrsamt ernennt die Vertrauensärztinnen und Vertrauensärzte gemäss der VZV. Es bezeichnet die weiteren für die verkehrspsychologischen und verkehrsmedizinischen Eignungsuntersuchungen zuständigen Fachstellen oder Fachpersonen.

² Voraussetzungen für die Ernennung zur Vertrauensärztin oder zum Vertrauensarzt sind:

- a) Berufsausübungsbewilligung im Sinne der kantonalen Gesundheitsgesetzgebung,
- b) abgeschlossene Weiterbildung für die entsprechende Stufe,
- c) zweckmässige Räumlichkeiten und medizinische Ausrüstung, um die Untersuchungen fachgerecht durchführen zu können.

³ Die Liste der Vertrauensärztinnen und Vertrauensärzte wird vom Strassenverkehrsamt veröffentlicht.

§ 19c * Aufsicht über die vertrauensärztliche Tätigkeit

¹ Das Strassenverkehrsamt kann die vertrauensärztliche Tätigkeit jederzeit einer Überprüfung unterziehen.

§ 19d * Ende der vertrauensärztlichen Tätigkeit

¹ Die vertrauensärztliche Tätigkeit endet

- a) mit dem Rücktritt der Vertrauensärztin oder des Vertrauensarztes,
- b) mit dem Widerruf der Ernennung durch das Strassenverkehrsamt bei Wegfall der Ernennungsvoraussetzungen, bei nicht besuchter Weiterbildung oder aus anderen triftigen Gründen,
- c) auf Ende des Jahres, in dem das 70. Altersjahr vollendet ist.

§ 19e * Mitwirkungs- und Meldepflichten

¹ Die zu untersuchende Person ist verpflichtet, Auskunft darüber zu erteilen, ob und mit welchem Ergebnis sie zum gleichen Zweck schon von einer anderen Ärztin oder einem anderen Arzt untersucht worden ist. Sie hat die Namen und Adressen der vorbehandelnden Ärztinnen und Ärzte anzugeben und bei der Beschaffung der notwendigen Unterlagen über die Behandlungen und deren Ergebnisse mitzuwirken.

² Das Strassenverkehrsamt ist berechtigt, der Vertrauensärztin beziehungsweise dem Vertrauensarzt umfassende Akteneinsicht zu gewähren.

³ Vertrauensärztinnen und Vertrauensärzte sind verpflichtet, untersuchte Personen, bei denen die Eignung zum sicheren Führen von Motorfahrzeugen wegen körperlicher oder geistiger Krankheiten, Gebrechen oder Süchten nicht mehr besteht, unverzüglich dem Strassenverkehrsamt zu melden.

⁴ Fallen die Voraussetzungen für die Ernennung nachträglich weg, benachrichtigt die Vertrauensärztin oder der Vertrauensarzt umgehend das Strassenverkehrsamt.

§ 19f * Untersuchungskosten

¹ Die Kosten für die vertrauensärztlichen Untersuchungen sowie für allfällig notwendige Zusatzaufwendungen sind von der untersuchten Person zu tragen.

² Kostenabrechnungen erfolgen zwischen Vertrauensärztin oder Vertrauensarzt und untersuchter Person entsprechend den geltenden Arzttarifen.

7. Verkehrsunterricht für fehlbare Fahrzeuglenker

§ 20 Anordnung

¹ Das Strassenverkehrsamt kann für Fahrzeugführer, die wiederholt in verkehrgefährdender Weise gegen Verkehrsregeln verstossen haben, Verkehrsunterricht anordnen, insbesondere wegen Nichtbeherrschens des Fahrzeuges und wegen Fahrens in angetrunkenem Zustand (Art. 40 und 41 VZV).

7^{bis}. Weitergabe von Daten *

§ 20a * Zugriff auf Daten des Strassenverkehrsamtes

¹ Die Gemeindepolizeistellen mit verkehrspolizeilichen Funktionen erhalten für die Kontrolle der Fahrberechtigung der Lenker und der Verkehrsberechtigung von Fahrzeugen sowie für die Identifikation der Halter im elektronischen Abrufverfahren Lesezugriff auf die Daten des Strassenverkehrsamtes gemäss Anhang.

² Das Strassenverkehrsamt kann zur Verminderung des Aufwandes für die Auskunftserteilung benachbarten kantonalen und kommunalen Polizeistellen sowie den Zollämtern im Kanton den Lesezugriff gemäss Absatz 1 gewähren.

³ Das Strassenverkehrsamt kann privaten und ausserkantonalen Prüfstellen, die im Auftrag des Kantons amtliche Nachkontrollen von Fahrzeugen durchführen, zum Zwecke der Fahrzeugprüfung Daten gemäss den Ziffern 1, 2 und 4 des Anhangs im elektronischen Abrufverfahren zugänglich machen.

⁴ Es kann zudem den Versicherungsunternehmen, die in der Schweiz als Anbieter der Motorfahrzeughaftpflichtversicherung zugelassen sind, für deren eigene Versicherung zur Kontrolle der Angaben in hinterlegten Versicherungsnachweisen sowie zur Kontrolle der In- und Ausserverkehrsetzungen von Fahrzeugen im elektronischen Abrufverfahren Lesezugriff auf die Daten gemäss den Ziffern 1, 2 und 4 des Anhangs gewähren. *

8. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 21 Übergangsbestimmung

¹ Die beim Inkrafttreten dieser Verordnung hängigen Verfahren werden nach altem Recht durchgeführt.

§ 22* Weisungen

¹ Das Departement Volkswirtschaft und Inneres und das Departement Bau, Verkehr und Umwelt können für den Vollzug der Strassenverkehrsvorschriften interne Weisungen erlassen, insbesondere für die Ausnahmen von der Bewilligungspflicht gemäss § 3 Abs. 1 GVS, die Verkehrsanordnungen, Signalisationen und Markierungen.

§ 23 Änderung geltenden Rechts *

¹ Die Verordnung über die Delegation von Kompetenzen des Regierungsrates vom 8. November 1982 ¹⁾ wird wie folgt ergänzt:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

² Die Verordnung über die von der Kantonspolizei zu beziehenden Gebühren vom 24. April 1996 ²⁾ wird wie folgt geändert:

*Text im betreffenden Erlass eingefügt. **

³ Die Verordnung über die Gebühren auf dem Gebiete des Gesundheits- und Zivilschutzwesens vom 10. Juni 1991 ³⁾ wird wie folgt geändert:

*Text im betreffenden Erlass eingefügt. **

§ 24 Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Es sind aufgehoben:

- a) die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr vom 12. Dezember 1932 ⁴⁾, ausgenommen § 29 Abs. 2;
- b) die Verordnung über die Einführung des Verkehrsunterrichtes für Fahrzeugführer vom 13. März 1978 ⁵⁾;
- c) * die Vollziehungsverordnung zur bundesrätlichen Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer vom 17. August 1981 ⁶⁾.

¹⁾ AGS Bd. 10 S. 734; Bd. 11 S. 412; 1995 S. 75, 109, 1996 S. 79; 1997 S. 69; 1998 S. 118; 1999 S. 42, 77; 2000 S. 73, 273; 2001 S. 20, 83, 111; 2002 S. 402; 2003 S. 69, 238, 240; 2005 S. 117, 345, 351, 742; 2007 S. 22, 381; 2008 S. 239, 448, 523; 2009 S. 75, 334, 378, 412; 2010 S. 75 (SAR [153.111](#))

²⁾ AGS 1996 S. 114; 1998 S. 317 (SAR [661.135](#))

³⁾ AGS Bd. 13 S. 514; 1995 S. 34; 1996 S. 381; 1997 S. 70; 1998 S. 147; 1999 S. 381 (SAR [301.151](#))

⁴⁾ aufgehoben (AGS 1996 S. 356)

⁵⁾ AGS Bd. 9 S. 554

⁶⁾ AGS Bd. 10 S. 413

§ 25 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung ist in der Gesetzessammlung zu publizieren. Sie tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Aarau, den 12. November 1984

Regierungsrat Aargau

Landammann

LAREIDA

Staatsschreiber

SIEBER

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
07.08.1989	01.10.1989	§ 24 Abs. 1, lit. c)	eingefügt	AGS Bd. 13 S. 89
18.12.1989	01.01.1990	§ 7 Abs. 1, lit. g)	eingefügt	AGS Bd. 13 S. 167
22.01.1990	01.03.1990	§ 4 Abs. 1, lit. p)	aufgehoben	AGS Bd. 13 S. 215
22.01.1990	01.03.1990	§ 7 Abs. 1, lit. e)	aufgehoben	AGS Bd. 13 S. 215
22.01.1990	01.03.1990	§ 16	aufgehoben	AGS Bd. 13 S. 215
22.01.1990	01.03.1990	§ 17	aufgehoben	AGS Bd. 13 S. 215
22.01.1990	01.03.1990	§ 18	aufgehoben	AGS Bd. 13 S. 215
28.09.1994	01.10.1994	Titel 5.	eingefügt	AGS Bd. 14 S. 658
06.11.1996	01.01.1997	§ 4 Abs. 1, lit. i)	aufgehoben	AGS 1996 S. 353
06.11.1996	01.01.1997	§ 7 Abs. 2, lit. b)	geändert	AGS 1996 S. 353
18.11.1998	01.01.1999	§ 1a	eingefügt	AGS 1998 S. 327
18.11.1998	01.01.1999	§ 2 Abs. 1, lit. f)	geändert	AGS 1998 S. 327
18.11.1998	01.01.1999	§ 2 Abs. 1, lit. g)	eingefügt	AGS 1998 S. 327
18.11.1998	01.01.1999	§ 5	aufgehoben	AGS 1998 S. 327
18.11.1998	01.01.1999	§ 7 Abs. 1, lit. f)	geändert	AGS 1998 S. 327
18.11.1998	01.01.1999	§ 7 Abs. 2, lit. a)	geändert	AGS 1998 S. 327
18.11.1998	01.01.1999	Titel 7 ^{ms} .	eingefügt	AGS 1998 S. 327
18.11.1998	01.01.1999	§ 20a	eingefügt	AGS 1998 S. 327
18.11.1998	01.01.1999	§ 23	Titel geändert	AGS 1998 S. 327
18.11.1998	01.01.1999	§ 23 Abs. 2	eingefügt	AGS 1998 S. 327
16.06.1999	01.09.1999	§ 3 Abs. 2	eingefügt	AGS 1999 S. 126
19.04.2000	01.07.2000	§ 4 Abs. 1, lit. o)	geändert	AGS 2000 S. 76
19.04.2000	01.07.2000	Titel 2.4.	eingefügt	AGS 2000 S. 76
19.04.2000	01.07.2000	§ 7a	eingefügt	AGS 2000 S. 76
12.07.2000	01.09.2000	§ 4 Abs. 1, lit. a)	aufgehoben	AGS 2000 S. 146
12.07.2000	01.09.2000	§ 4 Abs. 1, lit. b)	aufgehoben	AGS 2000 S. 146
12.07.2000	01.09.2000	§ 4 Abs. 1, lit. c)	aufgehoben	AGS 2000 S. 146
12.07.2000	01.09.2000	§ 4 Abs. 1, lit. q)	aufgehoben	AGS 2000 S. 146
12.07.2000	01.09.2000	§ 6	totalrevidiert	AGS 2000 S. 146
12.07.2000	01.09.2000	§ 11 Abs. 1	geändert	AGS 2000 S. 146
12.07.2000	01.09.2000	§ 13	totalrevidiert	AGS 2000 S. 146
24.10.2001	01.01.2002	§ 15	totalrevidiert	AGS 2001 S. 244
24.10.2001	01.01.2002	§ 20a Abs. 4	eingefügt	AGS 2001 S. 244
20.02.2002	01.04.2002	§ 2 Abs. 1, lit. h)	eingefügt	AGS 2002 S. 69
20.02.2002	01.04.2002	§ 2 Abs. 1, lit. i)	eingefügt	AGS 2002 S. 69
20.02.2002	01.04.2002	§ 4 Abs. 1, lit. m)	geändert	AGS 2002 S. 69
20.02.2002	01.04.2002	§ 6a	eingefügt	AGS 2002 S. 69
20.02.2002	01.04.2002	§ 23 Abs. 3	eingefügt	AGS 2002 S. 69
18.02.2003	01.04.2003	Ingress	geändert	AGS 2003 S. 67
18.02.2003	01.04.2003	§ 2 Abs. 1, lit. d)	geändert	AGS 2003 S. 67
18.02.2003	01.04.2003	§ 7 ^{ms}	eingefügt	AGS 2003 S. 67
10.09.2003	01.01.2004	§ 13 Abs. 3	eingefügt	AGS 2003 S. 309
10.08.2005	01.09.2005	Titel 2.1.	geändert	AGS 2005 S. 462
10.08.2005	01.09.2005	Titel 2.2.	geändert	AGS 2005 S. 462
10.08.2005	01.09.2005	§ 6	Titel geändert	AGS 2005 S. 462
10.08.2005	01.09.2005	§ 6 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 462
10.08.2005	01.09.2005	Titel 2.2 ^{ms} .	geändert	AGS 2005 S. 462
10.08.2005	01.09.2005	§ 7 Abs. 2	geändert	AGS 2005 S. 462
10.08.2005	01.09.2005	§ 8 Abs. 2	geändert	AGS 2005 S. 462
10.08.2005	01.09.2005	§ 8 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 462
10.08.2005	01.09.2005	§ 9	totalrevidiert	AGS 2005 S. 463
10.08.2005	01.09.2005	§ 10 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 463
10.08.2005	01.09.2005	§ 11 Abs. 2	geändert	AGS 2005 S. 463
10.08.2005	01.09.2005	§ 13 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 463
10.08.2005	01.09.2005	§ 13 Abs. 2	geändert	AGS 2005 S. 463
10.08.2005	01.09.2005	§ 22	totalrevidiert	AGS 2005 S. 463
08.11.2006	01.01.2007	§ 4 Abs. 1, lit. n)	aufgehoben	AGS 2006 S. 234
14.03.2007	01.05.2007	§ 4 Abs. 1, lit. e)	geändert	AGS 2007 S. 31
14.03.2007	01.05.2007	§ 4 Abs. 1, lit. e ^{ms})	eingefügt	AGS 2007 S. 31
14.03.2007	01.05.2007	§ 4 Abs. 1, lit. e ^{ms})	eingefügt	AGS 2007 S. 31
07.11.2007	01.01.2008	§ 6 Abs. 1, lit. a)	geändert	AGS 2007 S. 483
07.11.2007	01.01.2008	§ 6 Abs. 1, lit. d)	geändert	AGS 2007 S. 483

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
07.11.2007	01.01.2008	§ 14	totalrevidiert	AGS 2007 S. 483
07.11.2007	01.01.2008	§ 14	Titel geändert	AGS 2007 S. 483
18.11.2009	01.01.2010	§ 14a	eingefügt	AGS 2009 S. 500
23.06.2010	01.01.2011	§ 7 Abs. 2, lit. a)	geändert	AGS 2010/5-12
22.12.2010	01.01.2012	§ 19	Titel geändert	AGS 2011/5-1
22.12.2010	01.01.2012	§ 19 Abs. 1	geändert	AGS 2011/5-1
22.12.2010	01.01.2012	§ 19 Abs. 1, lit. a)	aufgehoben	AGS 2011/5-1
22.12.2010	01.01.2012	§ 19 Abs. 1, lit. b)	aufgehoben	AGS 2011/5-1
22.12.2010	01.01.2012	§ 19 Abs. 1, lit. c)	aufgehoben	AGS 2011/5-1
22.12.2010	01.01.2012	§ 19 Abs. 2	geändert	AGS 2011/5-1
22.12.2010	01.01.2012	§ 19 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2011/5-1
22.12.2010	01.01.2012	§ 19a	eingefügt	AGS 2011/5-1
22.12.2010	01.01.2012	§ 19b	eingefügt	AGS 2011/5-1
22.12.2010	01.01.2012	§ 19c	eingefügt	AGS 2011/5-1
22.12.2010	01.01.2012	§ 19d	eingefügt	AGS 2011/5-1
22.12.2010	01.01.2012	§ 19e	eingefügt	AGS 2011/5-1
22.12.2010	01.01.2012	§ 19f	eingefügt	AGS 2011/5-1

Änderungstabelle - Nach Paragraph

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Ingress	18.02.2003	01.04.2003	geändert	AGS 2003 S. 67
§ 1a	18.11.1998	01.01.1999	eingefügt	AGS 1998 S. 327
§ 2 Abs. 1, lit. d)	18.02.2003	01.04.2003	geändert	AGS 2003 S. 67
§ 2 Abs. 1, lit. f)	18.11.1998	01.01.1999	geändert	AGS 1998 S. 327
§ 2 Abs. 1, lit. g)	18.11.1998	01.01.1999	eingefügt	AGS 1998 S. 327
§ 2 Abs. 1, lit. h)	20.02.2002	01.04.2002	eingefügt	AGS 2002 S. 69
§ 2 Abs. 1, lit. i)	20.02.2002	01.04.2002	eingefügt	AGS 2002 S. 69
Titel 2.1.	10.08.2005	01.09.2005	geändert	AGS 2005 S. 462
§ 3 Abs. 2	16.06.1999	01.09.1999	eingefügt	AGS 1999 S. 126
§ 4 Abs. 1, lit. a)	12.07.2000	01.09.2000	aufgehoben	AGS 2000 S. 146
§ 4 Abs. 1, lit. b)	12.07.2000	01.09.2000	aufgehoben	AGS 2000 S. 146
§ 4 Abs. 1, lit. c)	12.07.2000	01.09.2000	aufgehoben	AGS 2000 S. 146
§ 4 Abs. 1, lit. e)	14.03.2007	01.05.2007	geändert	AGS 2007 S. 31
§ 4 Abs. 1, lit. e ^{bis})	14.03.2007	01.05.2007	eingefügt	AGS 2007 S. 31
§ 4 Abs. 1, lit. e ^{ter})	14.03.2007	01.05.2007	eingefügt	AGS 2007 S. 31
§ 4 Abs. 1, lit. i)	06.11.1996	01.01.1997	aufgehoben	AGS 1996 S. 353
§ 4 Abs. 1, lit. m)	20.02.2002	01.04.2002	geändert	AGS 2002 S. 69
§ 4 Abs. 1, lit. n)	08.11.2006	01.01.2007	aufgehoben	AGS 2006 S. 234
§ 4 Abs. 1, lit. o)	19.04.2000	01.07.2000	geändert	AGS 2000 S. 76
§ 4 Abs. 1, lit. p)	22.01.1990	01.03.1990	aufgehoben	AGS Bd. 13 S. 215
§ 4 Abs. 1, lit. q)	12.07.2000	01.09.2000	aufgehoben	AGS 2000 S. 146
§ 5	18.11.1998	01.01.1999	aufgehoben	AGS 1998 S. 327
Titel 2.2.	10.08.2005	01.09.2005	geändert	AGS 2005 S. 462
§ 6	12.07.2000	01.09.2000	totalrevidiert	AGS 2000 S. 146
§ 6	10.08.2005	01.09.2005	Titel geändert	AGS 2005 S. 462
§ 6 Abs. 1	10.08.2005	01.09.2005	geändert	AGS 2005 S. 462
§ 6 Abs. 1, lit. a)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	AGS 2007 S. 483
§ 6 Abs. 1, lit. d)	07.11.2007	01.01.2008	geändert	AGS 2007 S. 483
Titel 2.2 ^{bis}	10.08.2005	01.09.2005	geändert	AGS 2005 S. 462
§ 6a	20.02.2002	01.04.2002	eingefügt	AGS 2002 S. 69
§ 7 Abs. 1, lit. e)	22.01.1990	01.03.1990	aufgehoben	AGS Bd. 13 S. 215
§ 7 Abs. 1, lit. f)	18.11.1998	01.01.1999	geändert	AGS 1998 S. 327
§ 7 Abs. 1, lit. g)	18.12.1989	01.01.1990	eingefügt	AGS Bd. 13 S. 167
§ 7 Abs. 2	10.08.2005	01.09.2005	geändert	AGS 2005 S. 462
§ 7 Abs. 2, lit. a)	18.11.1998	01.01.1999	geändert	AGS 1998 S. 327
§ 7 Abs. 2, lit. a)	23.06.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-12
§ 7 Abs. 2, lit. b)	06.11.1996	01.01.1997	geändert	AGS 1996 S. 353
§ 7 ^{bis}	18.02.2003	01.04.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 67
Titel 2.4.	19.04.2000	01.07.2000	eingefügt	AGS 2000 S. 76
§ 7a	19.04.2000	01.07.2000	eingefügt	AGS 2000 S. 76
§ 8 Abs. 2	10.08.2005	01.09.2005	geändert	AGS 2005 S. 462
§ 8 Abs. 3	10.08.2005	01.09.2005	geändert	AGS 2005 S. 462
§ 9	10.08.2005	01.09.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 463
§ 10 Abs. 1	10.08.2005	01.09.2005	geändert	AGS 2005 S. 463
§ 11 Abs. 1	12.07.2000	01.09.2000	geändert	AGS 2000 S. 146
§ 11 Abs. 2	10.08.2005	01.09.2005	geändert	AGS 2005 S. 463
§ 13	12.07.2000	01.09.2000	totalrevidiert	AGS 2000 S. 146
§ 13 Abs. 1	10.08.2005	01.09.2005	geändert	AGS 2005 S. 463
§ 13 Abs. 2	10.08.2005	01.09.2005	geändert	AGS 2005 S. 463
§ 13 Abs. 3	10.09.2003	01.01.2004	eingefügt	AGS 2003 S. 309
§ 14	07.11.2007	01.01.2008	totalrevidiert	AGS 2007 S. 483
§ 14	07.11.2007	01.01.2008	Titel geändert	AGS 2007 S. 483
§ 14a	18.11.2009	01.01.2010	eingefügt	AGS 2009 S. 500
Titel 5.	28.09.1994	01.10.1994	eingefügt	AGS Bd. 14 S. 658
§ 15	24.10.2001	01.01.2002	totalrevidiert	AGS 2001 S. 244
§ 16	22.01.1990	01.03.1990	aufgehoben	AGS Bd. 13 S. 215
§ 17	22.01.1990	01.03.1990	aufgehoben	AGS Bd. 13 S. 215
§ 18	22.01.1990	01.03.1990	aufgehoben	AGS Bd. 13 S. 215
§ 19	22.12.2010	01.01.2012	Titel geändert	AGS 2011/5-1
§ 19 Abs. 1	22.12.2010	01.01.2012	geändert	AGS 2011/5-1
§ 19 Abs. 1, lit. a)	22.12.2010	01.01.2012	aufgehoben	AGS 2011/5-1
§ 19 Abs. 1, lit. b)	22.12.2010	01.01.2012	aufgehoben	AGS 2011/5-1

991.111

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 19 Abs. 1, lit. c)	22.12.2010	01.01.2012	aufgehoben	AGS 2011/5-1
§ 19 Abs. 2	22.12.2010	01.01.2012	geändert	AGS 2011/5-1
§ 19 Abs. 3	22.12.2010	01.01.2012	aufgehoben	AGS 2011/5-1
§ 19a	22.12.2010	01.01.2012	eingefügt	AGS 2011/5-1
§ 19b	22.12.2010	01.01.2012	eingefügt	AGS 2011/5-1
§ 19c	22.12.2010	01.01.2012	eingefügt	AGS 2011/5-1
§ 19d	22.12.2010	01.01.2012	eingefügt	AGS 2011/5-1
§ 19e	22.12.2010	01.01.2012	eingefügt	AGS 2011/5-1
§ 19f	22.12.2010	01.01.2012	eingefügt	AGS 2011/5-1
Titel 7 ^{bis} .	18.11.1998	01.01.1999	eingefügt	AGS 1998 S. 327
§ 20a	18.11.1998	01.01.1999	eingefügt	AGS 1998 S. 327
§ 20a Abs. 4	24.10.2001	01.01.2002	eingefügt	AGS 2001 S. 244
§ 22	10.08.2005	01.09.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 463
§ 23	18.11.1998	01.01.1999	Titel geändert	AGS 1998 S. 327
§ 23 Abs. 2	18.11.1998	01.01.1999	eingefügt	AGS 1998 S. 327
§ 23 Abs. 3	20.02.2002	01.04.2002	eingefügt	AGS 2002 S. 69
§ 24 Abs. 1, lit. c)	07.08.1989	01.10.1989	eingefügt	AGS Bd. 13 S. 89